

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/LSV/02. LSV-Ausschuss



Protokoll

**02. Sitzung des LSV-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Mittwoch, 02.07.2014 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:20 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Cäcilia Haringer

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Föstl, Magdalena
Frick, Roland
Schwäbl, Josef
Schwaiger, Johann
Wieser, Bernhard

ab 17.05 Uhr

SPD-Fraktion

Bittner, Ursula
Böhm, Ernst Dr.
Esterl, Martin
Platzer, Elisabeth

GRÜNE-Fraktion

Ackstaller, Ilke
Kirchlechner, Melanie

Freie Wähler-Fraktion

Finauer, Franz
Weindl, Max

GRÜNE-Fraktion

Greithanner, Franz

AG AfD-BP-ödp

Eckert, Christian

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Mayr, Piet
Zistl, Josef

vertreten durch Renate Pfluger
vertreten durch Johann Riedl

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Cäcilia Haringer
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Zentrales Controlling; Zwischenberichte 2014 aus dem Fachbereich LSV-Ausschuss
Vorlage: 2014/2034
- TOP 4 Liegenschaften;
Humboldt-Gymnasium Vaterstetten;
Bedarf einer weiteren Halleneinheit
Vorlage: 2014/2146
- TOP 5 THW Markt Schwaben;
Antrag auf Ersatzbeschaffung des bestehenden Wechselladerfahrzeugs;
Information zum Sachstand
Vorlage: 2014/2148
- TOP 6 Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplan des Landkreises Ebersberg
Vorlage: 2014/2149
- TOP 7 Neue Vorgaben der Strahlenschutzkommission zum nuklearen Katastrophenschutz;
Antrag der KRin Rosi Reindl vom 15.03.2014
Vorlage: 2014/2150
- TOP 8 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 9 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 10 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
Vorlage: 2014/2145
- TOP 11 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder und den Repräsentanten für das THW, Herrn Hönig.

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit wurden durch Herrn Landrat Robert Niedergesäß festgestellt.

Zur Niederschrift der letzten LSV-Sitzung vom 27.05.2014 konnten keine Einwände geprüft werden, da dieses den Ausschussmitgliedern erst zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wurde. Landrat Robert Niedergesäß verschob die Prüfung auf Einwände auf das Ende der Sitzung.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

Keine

TOP 3	Zentrales Controlling; Zwischenberichte 2014 aus dem Fachbereich LSV-Ausschuss
-------	--

2014/2034

SFC / HH 2014 / Zwischenbericht

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil:

- Frau Keller (Leiterin Stabstelle Finanzen und Controlling)

Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an Frau Keller (Leiterin der Stabstelle Finanzen und Controlling), welche den Zwischenbericht 2014 aus dem Fachbereich LSV-Ausschuss wie folgt darstellte:

In der Ergebnisrechnung wird für die Belange, die den LSV-Ausschuss betreffen, ein Budget von 10,9 Millionen Euro verwaltet. Im Haushaltsjahr 2014 stehen dabei 324.000 Euro mehr zur Verfügung als im vorangegangenen Jahr 2013.

Der Zwischenbericht umfasst wertemäßig den aktuellen Stand des Mittelabflusses zum 31.05.2014. Dieser ist 2014 mit 26,11 % geringer als in den Vorjahren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die eingeplanten Mittel auch in 2014 ausgeschöpft werden, was die gute Bewirtschaftung des Budgets in den letzten Jahren erkennen lässt.

Bei den Investitionen ist die Haushaltslage ähnlich entspannt einzuschätzen. Lediglich bei der Gewährung von Zuschüssen seitens der Regierung von Oberbayern gab es Verzögerungen und Probleme. Herr Landrat Robert Niedergesäß führte diesbezüglich bereits zwei persönliche Gespräche mit den zuständigen Stellen.

Die größten Investitionsposten sind in 2014 die Generalsanierung der Realschule Markt Schwaben mit Dreifachturnhalle, die Generalsanierung des Landratsamtes sowie die Erweiterung der Realschule Ebersberg.

Bei der Bewirtschaftung der 39 Gebäudekostenstellen und der beiden Kostenstellen des Brand- und Katastrophenschutzes des LSV-Ausschusses gibt es keine erwähnenswerten Auffälligkeiten. Innerhalb dieser Kostenstellen ist durch die Möglichkeit bei zusätzlichen Erträgen zusätzliche Aufwendungen; und bei einer Einsparung Mehrausgaben an anderen Stellen zu tätigen, eine sehr große Flexibilität gegeben.

Auch bei der 2014 erstmals eingerichteten Integrierten Leitstelle werden die Planmittel voraussichtlich ausreichen. Die Haushaltslage ist insgesamt als entspannt einzuschätzen.

Ein Ausschussmitglied war hier anderer Meinung, da die Haushaltslage wohl kaum als entspannt zu sehen ist, wenn die Zuschüsse in Millionenhöhe ausbleiben, und stellte die Frage warum bislang kein Zuschuss gewährt wurde.

Frau Keller erklärte, dass keine endgültige Genehmigung für die Gewährung der Zuschüsse vorliegt.

Das Ausschussmitglied möchte wissen, warum diese Genehmigung nicht vorliegt.

Frau Keller erläuterte, dass der Landkreis die Baumaßnahme aufgrund einer Unbedenklichkeitsbescheinigung umgesetzt hat. Es war also davon auszugehen, dass die Gewährung der Zuschüsse problemlos ablaufen würde.

Landrat Robert Niedergesäß teilte dem LSV-Ausschuss mit, dass soeben ein Schreiben der Regierung von Oberbayern mit Eingangsdatum vom 02.07.2014 eingetroffen ist, indem die Zuschussgewährung genehmigt wird.

Das Ausschussmitglied zeigte sich trotz der unerwarteten positiven Meldung verärgert über das Zögern der Regierung.

Es konnte festgestellt werden, dass im gesamten Ausschuss eine kollektive Verärgerung über diese Vorgehensweise herrscht.

Ein Ausschussmitglied stellte die Verständnisfrage, was die Integrierte Leitstelle ist.

Frau Keller erklärte, dass die für das Hoheitsgebiet Ebersberg zuständige Integrierte Leitstelle ihren Sitz in Erding hat und bei dieser die Alarmierungen für Rettungsdienst und Feuerwehr zusammenlaufen.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass für das Gymnasium Kirchseeon jährliche Zahlungen an den PPP-Betreiber SKE fällig werden und darüber leider keine Rückmeldungen mehr an den LSV-Ausschuss gegeben werden. Vor allem für die neuen Ausschussmitglieder wäre ein Rückblick/ Zwischenstand über die PPP-Projekte in Kirchseeon und in Poing vor allem hinsichtlich möglicher Problemstellungen interessant und für das künftige Verständnis wichtig. Es wurde um einen entsprechenden Bericht in der nächsten Sitzung gebeten.

Landrat Robert Niedergesäß gab an, dass in Kürze sowieso ein Treffen mit den Schulleitern der beiden PPP-Schulen, Frau Söllheim und Herr Wabner, und SKE stattfindet, um über die Betriebserfahrungen mit dem PPP-Projekt zu sprechen. Er stimmte zu, dass dem LSV-Ausschuss Bericht erstattet wird, wobei er anmerkte, dass aus Poing keine und aus Kirchseeon nur kleine negative Rückmeldungen vorliegen.

Herr Jungwirth erklärte, dass seitens der Liegenschaftsverwaltung ein Bericht erstellt und in einer der nächsten Sitzungen präsentiert wird. Da hierfür ausreichend Zeit bleiben soll, wird in der kommenden Sitzung darauf verzichtet und im neuen Jahr berichtet.

Landrat Robert Niedergesäß leitet wieder auf den Zwischenbericht über.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:



Der LSV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Auch im nächsten Jahr ist dem LSV-Ausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.

TOP 4	Liegenschaften; Humboldt-Gymnasium Vaterstetten; Bedarf einer weiteren Halleneinheit
-------	--

2014/2146

13/2142.10

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil:

- Herr Jungwirth (Leiter des Liegenschaftsamtes)

Landrat Robert Niedergesäß leitete zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Ein Ausschussmitglied äußerte, dass beim elektronischen Versand die Anlagen unauffindbar gewesen seien.

Landrat Robert Niedergesäß bedankte sich für diesen Hinweis, entschuldigte sich und teilte mit, dass dies an der Umstellung auf das neue System läge.

Mit der Sitzung konnte fortgefahren werden.

Herr Landrat Robert Niedergesäß zeigte anhand eines Luftbildes vom betroffenen Gebiet in Vaterstetten die Standorte des Humboldt-Gymnasiums, der derzeitigen Grund- und Mittelschule und der geplanten neuen Grund- und Mittelschule mitsamt wettkampffähiger Dreifachturnhalle auf.

Die Gemeinde Vaterstetten erhofft sich durch den Abriss der alten Schule und der Widmung des Grundstücks als Bauland für Wohnungsbau die Refinanzierung des schulischen Neubauprojekts.

Weiter zeigt Herr Landrat Robert Niedergesäß auf, dass vor allem am Gymnasium in Vaterstetten der Bedarf einer weiteren zusätzlichen Halleneinheit gegeben ist. Dies bestätigen die aktuellen Schülerzahlen ebenso wie die prognostizierten Zahlen in 2020.

Da der Gemeinde Vaterstetten bekannt war, dass eine weitere Halleneinheit für das Gymnasium auf der Warteliste steht, wandte sich der 1. Bürgermeister Herr Reitsberger an das Landratsamt, um anzufragen ob seitens des Landkreises ein Interesse an einer Beteiligung am Bau der Turnhalle besteht, womit anstelle einer Zweifachhalle eine wettkampffähige Dreifachturnhalle finanziert werden könnte.

Im Haushalt 2014 wurden bereits Mittel in Höhe von 660.000 Euro als „Sonderposten für Schulturnhallen“ eingeplant. Durch Weiterführung dieser Ansparung an Rücklagen kann die Beteiligung an der Dreifachturnhalle, wobei nur die Kosten einer normalen Schulturnhalleneinheit nicht einer wettkampffähigen Einheit berücksichtigt werden, finanziert werden.

Vergleichbare Situationen, also die Aufteilung von Halleneinheiten zwischen Gemeinde und Landkreis, gibt es bereits in Grafing, Ebersberg und in Poing. An diesen Standorten gibt es hinsichtlich der Nutzung durch zwei „Parteien“ keine größeren Probleme.

Nachdem sich die Gemeinde Vaterstetten bereits im Realisierungswettbewerb befindet, und am 03.07.2014 eine Gemeinderatssitzung stattfindet, ist die Beschlussfassung eilig.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob sich das gesamte Areal (inklusive Waldfläche) im Eigentum der öffentlichen Hand befinde.

Landrat Robert Niedergesäß verneinte dies. Der größte Teil des Waldes ist Privateigentum, die Fläche der geplanten neuen Schule ist Gemeindeeigentum.

Das Ausschussmitglied fragte weiter, ob der Bau nicht auf einem näheren Grundstück möglich sei, und ob durch den Ankauf des geplanten Grundstücks Kosten für den Landkreis entstehen.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass die Umsetzung auf einem näher gelegenen Grundstück nicht realisierbar ist. Weiter gab er an, dass dem Schulleiter des Gymnasiums, Herrn Modell, die Entfernung vom Schulgelände zur Turnhalle durchaus bewusst ist, dieser die Umsetzung des Vorhabens aber sehr begrüßen würde.

Auch würden für den Landkreis bei einer Beteiligung keine zusätzlichen Grundstückskosten entstehen.

Ein Ausschussmitglied fragte nach der Differenz zwischen einer wettkampffähigen und einer normalen Schulsportturnhalle.

Herr Jungwirth erklärte, dass es hierbei auf gewisse Umstände, wie z.B. die Höhe ankommt.

Das Ausschussmitglied merkte weiter an, dass sich der Fördersatz aber nur auf eine Schulsportturnhalle bezieht, also nur bei einer dementsprechenden Beteiligung eine Förderung möglich wäre.

Herr Jungwirth bestätigte dies.

Landrat Robert Niedergesäß und Herr Jungwirth gaben an, dass sich die Gesamtkosten auf etwa 2 Millionen Euro belaufen würden.

Das Ausschussmitglied stellte klar, dass durch die Fragestellung keine Kritik am Vorhaben geäußert wird, sondern befürwortet eine Beteiligung, da der Schulsport ein wichtiger Bestandteil der Kindererziehung ist.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:



Der LSV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

**Dem KSA wird empfohlen,
dem Kreistag wird empfohlen,**

die Maßnahme Errichtung einer weiteren Halleneinheit für das Humboldt-Gymnasium Vaterstetten wird von der Warteliste genommen und in der Haushaltsplanung 2015 und den folgenden Jahren entsprechend der Umsetzungsplanung der Gemeinde Vaterstetten berücksichtigt. Die Gemeinde Vaterstetten wird von diesem Beschluss für die weiteren Planungen informiert.

TOP 5	THW Markt Schwaben; Antrag auf Ersatzbeschaffung des bestehenden Wechselladerfahrzeugs; Information zum Sachstand
-------	---

2014/2148

33/0930

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil:

- Herr Schmid (Mitarbeiter des Landratsamtes)
- Herr Hönig (Repräsentant des THW)

Herr Landrat Robert Niedergesäß begrüßt nochmals Herrn Hönig, der als Vertreter des THW zur Sitzung gekommen war.

Landrat Robert Niedergesäß erläutert, dass für das THW grundsätzlich der Bund zuständig ist, es handelt sich hierbei um die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. Diese sieht in ihrer Ausstattungsnorm jedoch keine Wechselladerfahrzeuge vor.

Die Beschaffung des jetzigen Fahrzeuges war 1989 eine freiwillige Leistung des Landkreises Ebersberg.

Der ursprüngliche Antrag des THW Ortsverbandes Markt Schwaben auf die Beschaffung eines Wechselladerfahrzeugs für den Standort Markt Schwaben sah vor, dass die Kosten in Höhe von 280.000 Euro von den Landkreisen Ebersberg und Erding in gleichen Teilen getragen werden, da beide Landkreise im Bedarfsfall Zugriff auf das Fahrzeug haben.

Bei einem Gespräch in Markt Schwaben, machten die Vertreter des Landkreises Erding deutlich, dass aus ihrer Sicht kein Bedarf an der Anschaffung eines Wechselladerfahrzeuges besteht. Ihrerseits bestehen, rückblickend auf die Hochwassersituation im vergangenen Jahr, klare Präferenzen zur Anschaffung von Hochleistungspumpen.

Nach der Erdinger Absage, hat der THW Ortsverband Markt Schwaben mit Schreiben vom 16.06.2014 einen neuen Antrag auf die Ersatzbeschaffung eines Wechselladerfahrzeugs mit Kranvorrüstung gestellt. Hierbei entstehen Kosten von etwa 150.000 Euro.

Von Seiten des THW wird darauf hingewiesen, dass das jetzige Fahrzeug (Baujahr 1990) an der Höchstnutzungsdauer von ca. 25 Jahren angekommen ist, und mit Ausfällen und wirtschaftlich unverhältnismäßigen Kosten für Reparaturen zu rechnen sein muss. Eine Ersatzbeschaffung sollte somit innerhalb der nächsten zwei Jahre abgeschlossen sein.

Landrat Robert Niedergesäß verliest den Beschlussvorschlag, den Antrag des THW in die Erstellung des Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplanes für den Landkreis mit einfließen zu lassen und leitet gleichzeitig auf Tagesordnungspunkt sechs über, der vorsieht der Ausarbeitung des o.g. Planes zuzustimmen.

Bei Zustimmung wird ein Gutachter die Sachlage prüfen und auf dessen Empfehlungen hin, kann im LSV-Ausschuss dann eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Ein Ausschussmitglied stellte fest, dass in dieses Katastrophen-Konzept auch die Sicherung von Unfällen der Bahn, also beispielsweise in Ortschaften umgekippte Wagons mit gefährlicher Güterbeladung, miteinfließt.

Im Zuge dessen sollte frühzeitig eine Abstimmung mit den anliegenden Landkreisen und Gemeinden stattfinden, um bei außergewöhnlichen Ereignissen schnell Hand in Hand arbeiten zu können.

Landrat Robert Niedergesäß gab an, dass der Gutachter diese Beteiligung Anderer mit in die Planungen einbezieht.

Weiter erläuterte Landrat Robert Niedergesäß, dass sowohl die Ausstattung der gemeindlichen Feuerwehren mit überörtlich erforderlichen Fahrzeugen, Geräten etc. als auch der Katastrophenschutz eine Pflichtaufgabe des Landkreises sind.

Rückblickend auf seine Zeit als Bürgermeister in Vaterstetten, berichtete er, dass auf Vorschlag der sechs in der Gemeinde angesiedelten Feuerwehren ein Feuerwehrbedarfsplan erarbeitet wurde, der mittlerweile als gute Grundlage für die Entscheidungen des Gemeinderates dient.

Bisher werden Pläne dieser Art nicht auf Landkreisebene eingesetzt, nachdem sich allerdings die Aufgaben in den Bereichen Feuerwehr und Katastrophenschutz in den letzten Jahren erweitert und spezifiziert (z.B. Einführung des Digitalfunks) haben, ist eine landkreisumfassende Planung durchaus sinnvoll.

Landrat Robert Niedergesäß merkte an, dass dem Landkreis Ebersberg hierbei eine Vorreiter-Funktion zukäme, dass dies aber kein für die Entscheidung relevantes Detail sei.

Die eingeholten Angebote der Firmen IBG aus Heilsbronn und Deschermeier aus Garching sind rein informativ, sie dienen vor allem dazu, die Kosten, die sich auf 35.000 bis 40.000 Euro belaufen, schätzen zu können.

Im Haushalt 2014 sind hierfür keine Mittel veranschlagt, diese werden auch nicht benötigt werden, da eine Umsetzung in 2014 nicht schaffbar ist.

Der Beschluss einen Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplan einzuführen stellt eine Grundsatzentscheidung dar, mit Zustimmung wird noch keine Firma beauftragt. Die Beauftragung erfolgt erst nach Beschlussfassung des LSV-Ausschusses.

Ein Ausschussmitglied gab an, dass beide Sitzungsvorlagen grundsätzlich das gleiche aussagen und dass bei der Erstellung dieses Planes vor allem die Koordination mit Erding äußerst wichtig ist.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass der Landkreis Erding in Bezug auf seine Präferenz zur Ausrüstung mit Hochleistungspumpen bereits 20 Großtauchpumpen angeschafft hat.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob diese Pumpen nun dem Landkreis Erding gehören oder dem THW mit Standort Markt Schwaben.

Herr Hönig (THW) antwortete, dass diese Pumpen zum THW gehören, also von beiden Landkreisen genutzt werden können.

Ein Ausschussmitglied brachte zum Ausdruck, dass er eine „Verzahnung“ von Landkreis und Gemeinden für sehr sinnvoll hält, dass aber speziell beim THW kein Konkurrenzkampf zwischen den Landkreisen Ebersberg und Erding entstehen soll. Die beiden Landkreise sind

lediglich durch den Flughafen unterscheidbar, somit können grundsätzlich die gleichen Ziele verfolgt werden.

Ein Ausschussmitglied gab an, dass Herr Landrat Robert Niedergesäß die Pumpenanschaffung des Landkreises Erding etwas missverständlich dargestellt hat. Es handelt sich lediglich um die Stationierung landkreiseigener Pumpen beim THW in Markt Schwaben.

Ein Ausschussmitglied stellte die Frage, ob eine Beteiligung des LSV-Ausschusses mittels einer Arbeitsgruppe bei der Erstellung des Planes nicht sinnvoll wäre.

Landrat Robert Niedergesäß hält dies grundsätzlich für einen guten Vorschlag.

Ein Ausschussmitglied meinte, dass diese Idee weniger sinnvoll ist, da bei einer gut aufbereiteten Planung der Gesamtausschuss letztlich entscheiden kann.

Herr Schmid erklärte, dass es sich um rein informelle Angebote handelt, die bei ihrer Beschreibung einen Workshop, bei welchem die Gremien von Anfang an mit eingebunden werden, anbieten.

Landrat Robert Niedergesäß meinte, dass die Einbeziehung der Gremiumsmitglieder, speziell bei den offenen Fragen zum Thema Gutachten sehr wichtig ist, so dass alle Schritte vom LSV-Ausschuss abgesegnet werden.

Ein Ausschussmitglied fragte, wie man auf die Firmen kam und ob diese denn überhaupt Erfahrungen haben, wenn der Landkreis bayernweit erster ist.

Herr Schmid gab an, dass die Firma Deschermeier bereits den Feuerwehrbedarfsplan in Vaterstetten erarbeitet hat und die Firma IBG wie die Firma Deschermeier, deshalb ausgesucht wurde, da sie bedingt durch den Firmensitz, bayerische, lokale Begebenheiten besser einschätzen könne.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass er die Beteiligung des Ausschusses mittels einer Arbeitsgruppe nicht für notwendig hält, da die benötigte Fach- und Sachkompetenz bei den Ausschussmitgliedern nicht in dem Umfang gegeben ist, wie bei den bereits beteiligten Mitarbeitern des Landratsamtes.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass es wohl die beste Lösung ist, wenn dem LSV-Ausschuss jeweils die Zwischenergebnisse präsentiert werden.

Ein Ausschussmitglied gab an, dass auch die Feuerwehren Zorneding und Pöring zusammen bereits einen Feuerwehrbedarfsplan der Firma IBG haben. Bei der Erarbeitung des Gutachtens arbeiteten die Firma und die Feuerwehren sehr eng zusammen, der LSV-Ausschuss könne bei einer solchen Fachwissensdiskussion also gar nicht mitreden, sodass das fertige Gutachten sehr detailliert auch einen genauen Termin für etwaige Ersatzbeschaffungen, Umrüstungen etc. festlegt. Durch diese Genauigkeit kann dieser Termin dann auch nicht verschoben werden.

Landrat Robert Niedergesäß gab an, dass Vaterstetten als Ergebnis zum Beispiel am Standort Purfing ein Fahrzeug für die Feuerwehr anschaffen wollte, da der mit der Erstellung des Feuerwehrbedarfsplans betraute Gutachter feststellte, dass hier hinsichtlich der Einhaltung der Höchstwartezeit nach Alarmierungen, Lücken herrschen. Somit bietet die Einführung eines solchen Planes auch Rechtssicherheit.

Ein Ausschussmitglied fügte hinzu, dass verschiedene Gemeinden im Landkreis, wie z.B. die VG Aßling ebenfalls einen solchen Plan haben und diese Pläne dann als Grundlage für den landkreisumfassenden Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplan dienen sollten.

Landrat Robert Niedergesäß stimmte dieser Wortmeldung zu und bedankte sich für die konstruktive Beratung.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:



Der LSV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag des THW-Ortsverbandes Markt Schwaben auf Ersatzbeschaffung des bestehenden Wechselladerfahrzeuges vom 12.06.14 in die Erstellung des Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplanes für den Landkreis Ebersberg miteinfließen zu lassen.**
- 2. Die weitere Entscheidung über eine Ersatzbeschaffung wird dann vom LSV-Ausschuss im Rahmen der Konzeptempfehlungen des Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplanes getroffen.**

TOP 6	Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplan des Landkreises Ebersberg
-------	--

2014/2149

33/0930

Siehe Ausführungen zu TOP 5.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:



Der LSV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) einen Feuerwehr- und Katastrophenschutzbedarfsplanes ausarbeiten zu lassen.**
- b) die Angebote der Firmen IGB und Deschermeier zu konkretisieren und nach Abstimmung mit der Kreisbrandinspektion und dem THW bis zu einer der nächsten beiden Sitzungen dem LSV-Ausschuss einen entsprechenden Vorschlag zur Auftragsvergabe zu erarbeiten.**

TOP 7	Neue Vorgaben der Strahlenschutzkommission zum nuklearen Katastrophenschutz; Antrag der KRin Rosi Reindl vom 15.03.2014
-------	--

2014/2150

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil:

- Herr Schmid

Landrat Robert Niedergesäß verwies auf den Antrag von der ehemaligen Kreisrätin Rosi Reindl und erteilte Herrn Schmid das Wort.

Herr Schmid erklärte, dass von Seiten der Strahlenschutzkommission des Bundes die Rationen erweitert wurden. Die Umsetzung der Empfehlungen dieser Kommission ist Aufgabe der Länder. Insoweit muss abgewartet werden, welche Ergebnisse Gespräche auf überörtlicher Regierungsebene bringen.

Der LSV-Ausschuss wird in einer der nächsten Sitzungen über die Ergebnisse informiert.

Landrat Robert Niedergesäß gab an, dass dies der aktuelle Informationsstand ist.

Ein Ausschussmitglied fragte, ob kein Beschluss getroffen wird.

Landrat Robert Niedergesäß verneinte dies und teilte mit, dass der LSV-Ausschuss hier nur um Kenntnisnahme gebeten wurde.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

keiner

TOP 8	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

Keine

TOP 9	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

Landrat Robert Niedergesäß gab folgende Termine bekannt:

Freitag, 24.10.2014, 14:00 Uhr: Einweihung des „neuen“ Landratsamtes
Samstag, 20.06.2015: Tag der offenen Tür (erstmalig seit elf Jahren)

TOP 10	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

2014/2145

13/2121.8

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil:

- Herr Jungwirth

Gemäß Art. 46 Abs. 3 der Landkreisordnung müssen Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden sind, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

In der 01. Sitzung des LSV-Ausschusses am 27.05.2014 ist folgender Beschluss gefasst worden, der nun bekannt gegeben werden kann.

TOP 13 N Liegenschaften; Realschule Ebersberg
Erweiterung Bauabschnitt II
Vergabe von Bauleistungen



Der LSV-Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

Nachfolgende Firma wird mit der Ausführung von Bauleistungen für die Erweiterung der Dr.-
Wintrich-Realschule Ebersberg BA II beauftragt:

VE 3071 Schreinerarbeiten

Schäble GmbH, Goldbergstr. 24, 73469 Riesbürg
mit einer geprüften Brutto Angebotssumme von 223.147,61 €.

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

keiner

TOP 11	Anfragen
--------	----------

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Landrat Robert stellte erneut die Frage nach Einwänden zur Niederschrift der letzten Sitzung
des LSV.

Die Ausschussmitglieder konnten diesbezüglich noch keine Rückmeldungen geben.

Einwände werden somit in der nächsten Sitzung am 15.10.2014 geprüft.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.